

Krisenopfer Tarifsystem

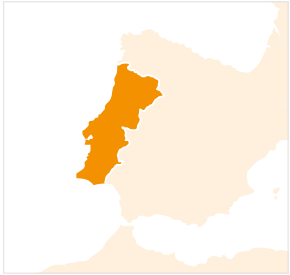
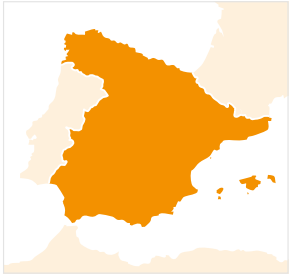
Unter dem Druck von EU, EZB und IWF setzen die südlichen Euro-Länder so genannte **Strukturreformen** um: Sie höhlen die traditionellen Tarifsysteme aus und setzen bei den Löhnen damit eine **Abwärtsspirale in Gang**.

Bis zum Beginn der Finanzkrise hielt sich die EU weitgehend aus der Lohnpolitik ihrer Mitgliedsländer heraus. Die Grundlage für lohnpolitische Interventionen der EU bildet erst der Euro-Plus-Pakt aus dem vergangenen Jahr. Zudem schafft die ebenfalls 2011 in Kraft getretene EU-

Gesetzgebung zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts – der so genannte Sixpack – die Möglichkeit, Sanktionen gegen Länder zu verhängen, deren Lohnentwicklung die vorgeschriebene Bahn verlässt. Zwar dürfte es nach Einschätzung des WSI-Forschers Thorsten Schulten noch ▶

Aushöhlung des Flächentarifs in Südeuropa

So wirkt sich die Sparpolitik in der EU auf Arbeitnehmer aus in ...

Portugal	Spanien	Italien	Griechenland
			
Neue Regelungen im Tarifsystem			
- keine automatischen Allgemeinverbindlich-erklärungen (AVE) mehr - verschärfte Kriterien für Zulassung von AVE - Abweichungen vom Flächentarif mit Zustimmung des Betriebsrats erlaubt	- erleichterte Anwendung betrieblicher Härtefall-klauseln zur vorübergehenden Abweichung vom Tariflohn - erleichterte Anwendung von Öffnungsklauseln - Vorrang von Haus- vor Flächentarifen - Nachwirkung von Tarifverträgen auf ein Jahr verkürzt	betriebliche Tarifverträge können bei Entlohnung und Arbeitsbedingungen von Branchentarifverträgen abweichen	- neuer Haustariftyp, der von Branchentarifen abweichen kann - allgemeiner Vorrang von Haustarifverträgen, Aufhebung des Günstigkeitsprinzips - in Unternehmen ohne Gewerkschaften können auch „andere Arbeitnehmergruppen“ Tarifverträge abschließen - Nachwirkung von Tarifverträgen auf drei Monate reduziert
Bezahlung im öffentlichen Dienst			
- Löhne zunächst eingefroren, dann um 5% gekürzt, bis Ende 2013 wieder eingefroren 13. und 14. Monatsgehalt oberhalb bestimmter Einkommensgrenzen gekürzt oder abgeschafft	- Löhne um 5% gekürzt und eingefroren - Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf 37,5 Wochenstunden verkürzt	Löhne seit 2009 eingefroren	Kürzung der Löhne um zunächst 14%, Einführung eines neuen Entlohnungssystems, sodass sich bis 2013 insgesamt eine Kürzung um ca. 30% ergibt
Entwicklung des durchschnittlichen Reallohns 2010–2012*			
			

*Ameco-Datenbank, Europäische Kommission, Berechnungen des WSI 2012; Quelle: Busch, Hermann, Hinrichs, Schulten 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

► einige Jahre dauern, bis das Verfahren seine ganze Wirkung entfaltet. „Die volle Tragweite des neuen lohnpolitischen Interventionismus der EU zeigt sich hingegen schon heute in denjenigen Staaten, in denen unmittelbar ökonomischer und finanzieller Druck zur Durchsetzung bestimmter Strukturformen angewendet werden kann“, schreibt Schulten in einer aktuellen Studie zur Euro-Krise.* Dies gelte etwa für Griechenland und Portugal, die sich gegenüber der Troika aus EU, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) zu Reformen verpflichten mussten, um Hilfgelder zu bekommen. In Italien und Spanien übe vor allem die EZB Druck aus.

Die aktuelle Wirtschaftsmisere in Südeuropa schafft nach der Analyse des Wissenschaftlers die Voraussetzungen für radikale Umbauten der nationalen Arbeitsmärkte: „Erst die massenhafte Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und die damit verbundene soziale Perspektivlosigkeit fördern die Akzeptanz von Lohnkürzungen und die Bereitschaft zu betrieblichen Konzessionen, mit der eine weitreichende Dezentralisierung und Vernetzung der Tarifpolitik durchgesetzt werden kann.“

In der Vergangenheit hätten sich die Flächentarifvertragsysteme der GIPS-Staaten – Griechenland, Italien, Portugal, Spanien – als äußerst stabil erwiesen, so Schulten. Mit der Krise komme es zu drastischen Veränderungen: zur Dezentralisierung und Aushöhlung des Flächentarifs. Formal blieben betriebsübergreifende Lohnvereinbarungen zwar bestehen, faktisch würden sie jedoch durch eine Reihe neuer Gesetze durchlöchert:

- Öffnungsklauseln erlauben Abweichungen nach unten,
- Haustarife erhalten Vorrang vor Flächentarifen,
- nicht-gewerkschaftliche Arbeitnehmervertretungen können nun Tarifverträge schließen,
- ausgelaufene Tarifverträge verlieren durch verkürzte Nachwirkungszeiten schneller ihre Gültigkeit,
- Allgemeinverbindlicherklärungen werden erschwert.

„In den nach wie vor stark klein- und mittelständisch geprägten Ökonomien Südeuropas“ werde dies zu einem drastischen Wandel der Lohnpolitik, einer rückläufigen Tarifbindung und schließlich einer „weitreichenden Individualisierung der Lohnverhandlungen“ führen, erwartet Schulten. Gleichzeitig wurden die Gehälter öffentlich Beschäftigter vielfach eingefroren, zum Teil auch gekürzt.

Griechenland hat den Mindestlohn um 22 Prozent gesenkt, für unter 25-Jährige sogar um fast ein Drittel. Spanien und Portugal haben die Anpassung der Lohnuntergrenze an die Preisentwicklung ausgesetzt. Die Folgen der von außen verordneten Lohnpolitik liegen Schulten zufolge auf der Hand: Sie führt in eine lohnpolitische Abwärtsspirale, fördert eine deflationäre Entwicklung und trägt dazu bei, die ökonomische Stagnation Europas weiter zu verfestigen. In den vergangenen beiden Jahren sind die durchschnittlichen Reallöhne in Griechenland und Portugal um 20 beziehungsweise 10 Prozent gesunken. ◀

* Quelle: Klaus Busch, Christoph Hermann, Karl Hinrichs, Thorsten Schulten: Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell – Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht, Friedrich-Ebert-Stiftung, November 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

HARTZ IV

Mehr Selbstständige müssen aufstocken

Knapp zehn Prozent aller Hartz-IV-Aufstocker arbeiten als Selbstständige. Im Schnitt sind sie besser qualifiziert als abhängig beschäftigte Bezieher.

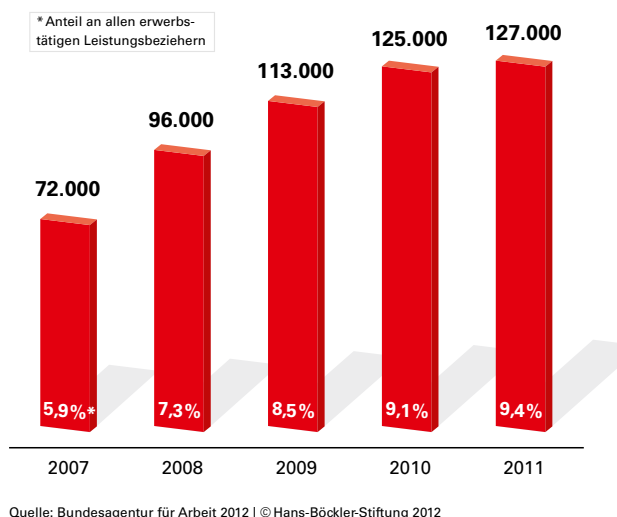
Zwischen 2007 und 2011 hat sich die Zahl der Selbstständigen mit Hartz-IV-Bezug im Jahresdurchschnitt fast verdoppelt, zeigt eine Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)*: von 72.000 auf 127.000. Obwohl ihre Arbeitszeiten häufig hoch sind, reicht der von ihnen erwirtschaftete Gewinn nicht aus, um davon leben zu können. Drei Viertel verdienen maximal 400 Euro, lediglich fünf Prozent kommen auf einen Gewinn von mindestens 800 Euro.

Selbstständige Aufstocker arbeiten oft als Vertreter, Verkäufer, Gaststätten- oder Imbissbesitzer, Künstler oder freiberufliche Lehrkräfte. Der mit 16 Prozent hohe Anteil an Akademikern erkläre sich insbesondere durch Selbstständige in künstlerischen Berufen wie Musiker oder Schauspieler, so das IAB. Mehr als drei Viertel beschäftigen keine Mitarbeiter, weitere 14 Prozent nur einen.

„Insgesamt scheint es einen Kern an selbstständigen Aufstockern zu geben, die über mehrere Jahre hinweg in diesem Zustand verbleiben“, schreiben die Forscher. „Unklar bleibt,

Prekäre Selbstständigkeit

So viele Selbstständige bezogen ergänzend Hartz IV



ob dies durch ungünstige Gründungsbedingungen in zeitlicher Nähe zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 oder andere Ursachen hervorgerufen wurde.“ ◀

* Quelle: Lena Koller u.a.: Selbstständige in der Grundsicherung – Viel Arbeit für wenig Geld, IAB Kurzbericht 22/2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de